

ENTSCHLIEBUNGSANTRAG

der Abgeordneten Grosz, Petzner, Ing. Westenthaler, Kolleginnen und Kollegen

betreffend die sofortige Abstandnahme vom Projekt eines „Schubhaftzentrums“ in Leoben sowie von der Errichtung einer weiteren Erstaufnahmestelle „Süd“

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 3, Bericht des Innenausschusses über den Antrag 269/A der Abgeordneten Günter Kößl, Otto Pendl, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Passgesetz 1992, das Gebührengesetz 1957 und das Konsulargebührengesetz 1992 geändert werden (42 d.B.)

Im Interesse der Sicherheit der Österreichischen Bevölkerung muss es nicht nur ein Anliegen sein die Sicherheit von Reisedokumenten, wie dies mit der gegenständlichen Regierungsvorlage der Fall ist, zu erhöhen, sondern ist auch der illegalen Einreise von Drittstaatsangehörigen massiv entgegen zu wirken. In diesem Zusammenhang erachten es die unterfertigten Abgeordneten als geradezu kontraproduktiv, anstelle von effizienten und weitergehenden Maßnahmen zur Unterbindung der illegalen Einwanderung, weitere Erstaufnahmestellen errichten zu wollen.

Denn bereits im August 2007 wurde erstmals bekannt, dass das Bundesministerium für Inneres in unmittelbarer Nähe zu einer Wohnsiedlung der obersteirischen Bezirksstadt Leoben ein Schubhaftzentrum zu errichten plant. In diesem „Schubhaftzentrum“ sollen laut Mitteilung des Bundesministeriums bis zu 250 Schubhäftlinge Unterbringung finden. Die betroffene Bevölkerung von Leoben sowie Anrainer und die betroffene Siedlungsgemeinschaft haben sich mehrmals und mehrheitlich gegen die Pläne des Innenministeriums ausgesprochen. Es gibt diesbezüglich mehrere Bürgerinitiativen, die Parteien des Leobener Gemeinderates haben mehrere Resolutionen und Petitionen gegen das Projekt beschlossen. Die Errichtung eines Bundesanhaltezentrum in Leoben ist sicherheitspolitisch nicht zu verantworten. Einerseits besteht keine Notwendigkeit ein derartiges Zentrum in einer Stadt zu errichten, andererseits ist die verkehrstechnische Lage von Leoben denkbar ungünstig, zumal die Distanz zum Flughafen Wien- Schwechat 162 km, und zum Flughafen Graz-Thalerhof 77 km beträgt.

Als besonders bedenklich erscheint, dass die Bundesministerin für Inneres, wie sie es auch in der letzten Sitzung des Innenausschusses am 14.01.2009 zum Ausdruck gebracht hat, trotz der berechtigten Einwände und des Unsicherheitsgefühls der Leobener Bevölkerung an diesem Projekt festhalten will, anstatt Alternativen zu prüfen.

Darüber hinaus ist dem Regierungsprogramm zu entnehmen, dass neben dem schon bestehenden Erstaufnahmestellen im Süden Österreichs eine „neue, zusätzliche EASt geschaffen“ werden soll. Es müsste jedoch eigentlich das Ziel dieser Bundesregierung sein, sowohl den Zustrom neuer Asylwerber massiv zu drosseln, als auch die Verfahren und damit die Aufenthaltsdauer von Personen, die Asyl zu unrecht in Anspruch nehmen, massiv zu verkürzen. Alle diesbezüglichen Beteuerungen, die im Regierungsprogramm aufscheinen, erscheinen aber wenig glaubwürdig wenn gleichzeitig jedenfalls ein zusätzliches Erstaufnahmezentrum errichtet werden soll.

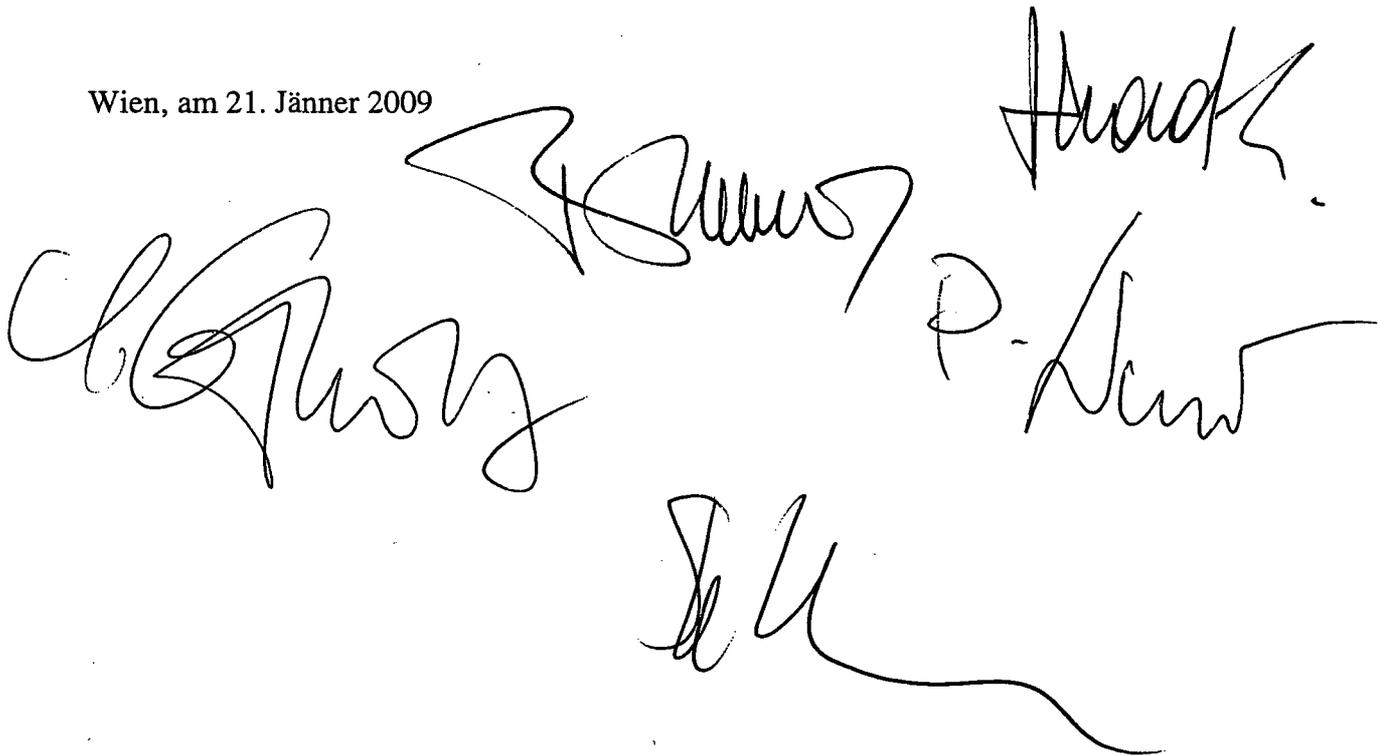
In Kärnten, der Steiermark, im Burgenland sowie in Osttirol gibt es kein Verständnis für das angedrohte zusätzliche Erstaufnahmezentrum. In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere aber die Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert, über die mit dieser Regierungsvorlage zu beschließenden Maßnahmen zu Erhöhung der Sicherheit von Reisedokumenten hinaus, eine Regierungsvorlage zur effizienteren Hintanhaltung und Kontrolle der illegalen Einwanderung, zur Reduzierung des Zustroms neuer Asylwerber, sowie der Verfahrensbeschleunigung vorzulegen, und von den Plänen für ein „Schubhaftzentrum“ in der obersteirischen Bezirksstadt Leoben sowie von der Schaffung einer zusätzlichen Erstaufnahmestelle Süd für Asylwerber im Interesse der Bevölkerung in Kärnten und der Steiermark Abstand zu nehmen.“

Wien, am 21. Jänner 2009



The image shows several handwritten signatures in cursive script. One signature is clearly legible as 'H. Mark'. Another signature appears to be 'P. Kunt'. There are other illegible signatures, including one that looks like 'J. Kunt' and another that looks like 'J. Kunt'.